

Mainz, 20.08.2019

**Antrag 1067/2019 zur Sitzung am
Klimaschutz für Mainz (FDP)**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Mainz steht in der Verantwortung, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten, einen substanziellen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Der Masterplan der Stadt ist vor diesem Hintergrund weiterzuentwickeln. Die Stadt unterstützt dabei die Bemühungen auf internationaler und nationaler Ebene, Klimaneutralität zu erreichen und trägt selbst aktiv dazu bei.

Der Stadtrat spricht sich dafür aus, im Rahmen der Weiterentwicklung des vorgenannten Masterplans auf folgenden Handlungsfeldern aktiv zu werden:

1. Investitionsprogramm für das Klima:

Wir beteiligen uns an Investitionsprogrammen für Klimaschutz und CO₂-Kreisläufe. Die Investitionen sollten zielgerichtet zur Entwicklung neuer Technologien genutzt werden.

2. Neue Kraftstoffe:

Neben der E-Mobilität gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Verkehr klimafreundlicher zu gestalten. Zusätzlich zu grünem Wasserstoff können auch Diesel und Benzin, die aus erneuerbarem Strom und CO₂ hergestellt werden, wichtige Elemente für den Antriebsmix der Zukunft liefern. Dazu sind massive Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso notwendig wie der Abbau regulatorischer Hürden. Der Stadtrat unterstützt weiterhin aktiv den Betrieb des sog. „Energiepark Mainz“, den private Firmen, die Hochschule Mainz und die Stadtwerke gemeinsam betreiben. Mit der **power-to-gas Anlage** und dem daraus resultierenden Forschungsbetrieb leistet die Stadt schon heute einen wichtigen Beitrag zur Energie- und Mobilitäts- und Energiefor-

schung. Dringend notwendig ist außerdem ein **Modellversuch mit synthetischen Kraftstoffen**, die im Mainz aus industrieller Produktion bereits zur Verfügung stehen.

3. CO2-Vermeidung:

Wir unterstützen die in Mainz ansässigen Unternehmen und Akteure bei Investitionen in CO2-Vermeidungstechnologien. Industrielle Prozesse sollten mit neuen Verfahren möglichst treibhausneutral werden. Beim Bau und der Sanierung von Gebäuden spricht sich der Stadtrat – unter Beachtung sozialer, ökonomischer und gebäudeklimatischer Aspekte für eine Minimierung des CO2- Ausstoßes aus.

4. Energieversorgung:

Im Bereich der Energieversorgung spricht sich der Stadtrat dafür aus, **verschiedene Sektoren des Energiebedarfs übergreifend zu betrachten**. Er bekräftigt die Notwendigkeit, ein großes **Gasmotoren-Blockheizkraftwerk** auf der Ingelheimer Aue zu errichten. Zusammen mit dem bereits existierenden Müllheizkraftwerk verstärkt es die **gekoppelte Produktion von Wärme, Strom und Prozessdampf**. Es stellt – in Verbindung mit dem Fernwärmenetz - bereits heute eine hocheffiziente Form der Energiegewinnung und Energieverwendung dar.

Neue Quartiere sind als **energetisch nachhaltige Gesamtsysteme zu entwickeln**, sofern dies sinnvoll gestaltet werden kann. Wir unterstützen den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen, den Einbau von Solarkollektoren in Gebäuden und Anlagen zur Gewinnung von Eigenstrom und dezentraler Wärme, bzw. den Bau kleiner, **quartiersbezogener Nahwärmenetze mit Hilfe kleinerer Blockheizkraftwerke**. Die Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung erfolgt dabei mit Hilfe sog. Virtueller Kraftwerke dezentral im Quartier.

5. Mobilität:

Im Bereich der Mobilität spricht sich der Stadtrat dafür aus, die Förderung umwelt- und klimafreundlicher Mobilitätsformen (z. B. ÖPNV, Radverkehr) fortzusetzen und zu intensivieren.

6. Klimaschutzpolitik:

Für die zukünftige Klimaschutzpolitik wird der Stadtrat folgende Aspekte besonders beachten:

- a) Der Stadtrat ist sich bewusst, dass effektiver Klimaschutz, soziale Akzeptanz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in Einklang zu bringen sind. Nur so werden wir auch andere mit unserem Beispiel überzeugen und ermutigen.
- b) Die Klimaschutzpolitik ist dauerhaft daraufhin so anzulegen, dass ökologische und räumliche Verlagerungseffekte vermieden werden. Niemandem ist geholfen, wenn neue Technologien eine ökologisch bedenkliche Gesamtbilanz aufweisen oder Emissionen einfach in Nachbarregionen, ins Ausland oder andere Sektoren verlagert werden.
- c) Die nationalen Klimaziele oder gar Klimaneutralität werden nur erreicht werden können, wenn es gelingt, private Investitionen zu mobilisieren. Deshalb sind Rahmensetzungen wie direkte und indirekte Förderung ressourcenschonender Technologien, Zusammenarbeit von Wissenschaft, Gründern und Wirtschaft wesentliche Handlungsfelder einer ambitionierten, auch kommunalen, Klimaschutzpolitik.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

David Dietz
Fraktionsvorsitzender

